Die Wiener „Genannten“ als Urkundspersonen.

Von

Karl Wahle.

Als die Germanen in die Geschichte eintraten, waren sie ständerechtlich und wirtschaftlich wenig differenziert, dies mußte sich auch in den Normen über die Fähigkeit zum Geschäftszeugnis äußern: Alle Freien waren taugliche Zeugen. Aber in dem Augenblicke änderte sich dies, wo die ursprüngliche Gleichheit einer unübersehbaren Mannigfaltigkeit der Stände Platz zu machen begann. Und so wurde denn von der fränkischen Zeit an der Kreis immer enger und enger gezogen. Wir sehen hier ganz von den Bestimmungen ab, die alle Personen, die nicht ein gewisses Minimum ihr eigen nannten oder die nicht ansässig waren, vom Zeugnis ausschlossen, und betrachten nur einige derjenigen Normen, die in mehr positiver Weise das Geschäftszeugnis regelten. So wurde bereits im England des 10. Jahrh. ein Zeugenprivileg einer bestimmten Anzahl von Bürgern eingeführt¹⁾ und während das Sachsenrecht noch zu Karls d. Gr. Zeiten den Zeugenbeweis in ausgedehnterem Maße gekannt hatte²⁾, läßt es im 13. Jahrh. beinahe nur noch das Gerichtszeugnis zu. In Frankreich wird sogar am Ausgang des Mittelalters das private Geschäftszeugnis fast völlig beseitigt.

¹⁾ Eadgar IV 3 ff.

²⁾ Die Ansicht von Gierke, Schuld und Haftung (1910) 378 f., daß dem Sachsenrecht von Anfang an das Geschäftszeugnis unbekannt gewesen sei, wird durch Lex. Sax. 39 und 63 widerlegt.

Auch Österreich blieb von dieser Bewegung nicht unberührt. In Wien mußten nämlich seit 1221 alle Rechtsgeschäfte über drei Pfund vor den „Genannten“ abgeschlossen werden. Was es mit diesen „Genannten“ für eine Bewandnis habe und wo ihr Ursprung zu suchen sei, ist eine Frage, die heute noch der Lösung harret. Mit Bedauern hat v. Volz¹⁾ in seiner Besprechung der Schusterschen Bearbeitung des Rechtslebens, der Verfassung und der Verwaltung Wiens im Monumentalwerke des Wiener Altertumsvereins festgestellt, daß Schuster über dieses Problem hinweggegangen sei, ohne auch nur einen Versuch gemacht zu haben, dasselbe zu lösen. Es mag daher am Platze sein, einmal näher auf diese Frage einzugehen²⁾.

Drei verschiedene Institutionen des Wiener Stadtrechts führen den Namen Genannte: 1. eine ganz bestimmte Gruppe von Eidhelfern, die in gewissen Straffällen heranzuziehen sind, 2. eine Gruppe bevorrechteter Bürger, deren einziges nachweisbares Amt in dem oben erwähnten Zeugenprivileg besteht und 3. der in Wien, ebenso wie in den meisten andern deutschen Städten vorhandene äußere Rat. Dieser bestand aus 40 Mitgliedern und taucht in der Mitte des 14. Jahrh. auf. Während die ältere Forschung die Zeugengenannten und den äußeren Rat identifizierte³⁾, hat Schuster⁴⁾ überzeugend nachgewiesen, daß wir es hier mit zwei verschiedenen Instituten zu tun haben. Doch herrschte zwischen äußerem Rat und Zeugengenannten insofern eine Beziehung, als die Mitglieder des ersteren allem Anschein nach aus der Zahl der letzteren genommen wurden⁵⁾. Ob ein Zusammenhang zwischen den beiden ersten Gruppen besteht, ist bis jetzt nicht untersucht worden, wir müssen daher auch die Eidhelfergenannten und deren Ursprung in den Kreis unserer Betrachtung ziehen.

¹⁾ Mitt. d. öst. Inst. 21, 373.

²⁾ Die älteren Ansichten bei Stobbe, Zur Geschichte des deutschen Vertragsrechts (1855) 18 ff. und Gengler, Beiträge 3, 79 und 83 n. 1 und die daselbst angegebene Literatur; in jüngster Zeit hat O. Redlich, Privaturkunden (1911) 200 ff. über die Genannten kurz gehandelt.

³⁾ So noch Huber-Dopsch österr. Reichsgeschichte* (1901) S. 58.

⁴⁾ Schuster II 400 ff. Siehe dort insbesondere über die Aufgaben und die Mitgliederzahl des äußeren Rats.

⁵⁾ Nimmt man dies an, so erklärt sich die anscheinende Identifizierung beider Arten von Genannten in Tomaschek, Rechte und Freiheiten II CLXXVI de anno 1517, die Schuster als Mißverständnis ansieht, ganz einfach. Dafür spricht auch die erhaltene Liste der Genannten aus dem Jahre 1397 (vgl. S. 651 dieser Abhandlung), die, obwohl sie auch alle Mitglieder des äußeren Rats umfassen soll, doch nicht 240 Namen (200 Zeugengenannte, 40 Mitglieder des äußeren Rats) sondern nicht einmal 200 umfaßt. Auch hätte man sonst schwerlich beide Personenreihen in eine Liste zusammengefaßt.

Das erstmal finden wir Genannte in bayerischen Landfriedenssätzen¹⁾. Die älteste erhaltene bayerische²⁾ Landfriedenssatzung, geschlossen im Jahre 1205 zwischen Herzog Ludwig von Bayern und Bischof Konrad von Regensburg, enthält die Bestimmung, daß der auf Schadenersatz Beklagte sich mit Hilfe dreier authentischer Personen losschwören, bezw. mit ihnen schwören solle, daß der angebotene Entschädigungsbetrag vollauf entsprechend sei³⁾. Die sieben Jahre (1213) später erfolgte Bestätigung setzt an die Stelle der authentischen Personen Genannte, *denominati*. Auch die allgemeinen bayerischen Landfrieden, so von 1244⁴⁾ art. 26, § 2; 27; 45 § 1; 74 § 1, von 1256 art. 29, 48 § 1 usw. enthalten Bestimmungen über die Genannten als Eidhelfer. Keiner dieser Landfrieden erklärt uns den Begriff derselben, sondern alle setzen ihn als bekannt voraus, was deutlich auf ein Zurückreichen in eine ältere Zeit als das Jahr 1213, wo sie zuerst in den Landfrieden auftauchen, hinweist. Vielleicht reicht dieses spezifisch Bayern eigentümliche Institut noch in eine Zeit zurück, wo Österreich von Bayern noch nicht losgetrennt war, da sich dasselbe auch in Österreich nachweisen läßt⁵⁾, doch können wir das nicht mit Sicherheit behaupten, da es nicht ausgeschlossen ist, daß der bayerische und der österreichische Herzog für ihre Gebiete gleichlautende Landfrieden verabredet haben, eine Vermutung, die sich umsoweniger von vornherein ablehnen läßt, als sich auch noch im 13. Jh. analoge Entwicklungen nachweisen lassen, die nur auf gleichlautende, wenn auch nicht erhaltene

¹⁾ Die Annahme Schmellers, Bayr. Wörterbuch 1² Sp. 1747 (darnach die Verfasser von Grimms Deutschem Wörterbuch IV/1 II Sp. 3345), daß bereits in der *lex Alam.* Genannte nachzuweisen seien, ist unrichtig; die dort angeführten Eidhelfer (38, 1; 53; 56) sind vom Gegner, nicht vom Richter ernannt. K. A. Rogge, Über das Gerichtswesen der alten Germanen (1820) 171. Wohl aber finden wir eine ähnliche Erscheinung im 10. Jahrh. in England: Eadw. 1, 3 u. 4. An einen Zusammenhang mit den friedensrechtlichen Genannten ist natürlich nicht zu denken.

²⁾ Die Reichslandfrieden enthalten keine Bestimmungen über die Genannten, nur die *treuga Heinrici* von 1224 (bei Zeumer, Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Reichsverfassung² (1913) S. 48 N. 43) enthält im cap. 14 eine analoge Bestimmung, ohne daß sich ein weitergehender Einfluß derselben nachweisen ließe.

³⁾ Denkmäler des bayerischen Landesrechts II. Bd. 1. Heft (1891) ed. v. Rokkinger S. 8: *Et si dampnificatus sine talione iniurias suas conqueritur, et sacramentum calumpnie premiserit, ille in quem agitur, dampnum restituat confirmatione iuramenti trium autenticarum personarum. Et si negare voluerit, simili modo negabit.*

⁴⁾ a. a. O. S. 37 ff.

⁵⁾ Österr. Landrecht bei v. Schwind-Dopsch, Ausgewählte Urkunden zur Österr. Verfassungsgeschichte (1895) S. 57 N. 34 § 5 und die Wiener Stadtrechtsfamilie.

Satzungen zurückgeführt werden können, so wenn entgegen dem älteren Recht in München 1294¹⁾, in ganz Bayern 1348²⁾, in Österreich Ende des 13. Jahrhunderts³⁾ einundzwanzig und nicht mehr zwanzig Männer von Amts wegen ernannt werden, aus denen der Beklagte seine Eideshelfer auswählen soll.

Sei dem, wie es wolle; fest steht, daß diese alte Landfriedensgesetzgebung auf die österreichischen und bayerischen Stadtrechte eingewirkt hat; so sagt das Philippinum für Regensburg von 1206 im § 2⁴⁾: *si forma pacis statuta fuerit*; das Fridericianum von 1230 im § 2⁵⁾: *si cives pacem iuraverunt*, so erwähnt das Leopoldinum für Enns von 1212⁶⁾ mehrmals die *pax iurata*, ebenso das Leopoldinum für Wien von 1221⁷⁾. Außerdem kehren die Bestimmungen der Landfrieden in den verschiedensten bayerischen Stadtrechtsgruppen oft fast wörtlich wieder, so daß an der Benutzung derselben bei Abfassung dieser Stadtrechte nicht gezweifelt werden kann.

Mit der Landfriedensgesetzgebung haben auch die Genannten ihren Einzug in die bayerischen Stadtrechte gehalten. Ihren ältesten Entwicklungszustand zeigen das österreichische Landrecht und die nahe verwandten Stadtrechte von Wien und Passau besonders deutlich. Das Passauer Recht schreibt vor, daß der Richter dem der Tötung oder schweren Verwundung Beschuldigten 20 ehrenhafte Männer nennen solle, aus diesen habe der Beschuldigte sieben auszuwählen und sich vom Verdachte reinzuschwören, dasselbe galt auch für den Beweis der Notwehr, aus der eine Tötung oder schwere Verwundung erfolgt ist⁸⁾.

¹⁾ L. v. Westenrieder, *Glossarium Germanico-Latinum* (1816) S. XXII § 1.

²⁾ M. v. Freyberg, *Sammlung von Urkunden und Schriften* IV. Band, 3. Heft 188 (bayerisches Landrecht).

³⁾ Österr. Landrecht § 5 (beide Fassungen).

⁴⁾ Gengler, *Beiträge* S. 16 f. (MB. 53 N. 48).

⁵⁾ Ebenda S. 20 f. (MB. 53 N. 57). Diesen Zusammenhang der Landfriedensatzung mit dem Regensburger Stadtrecht betont bereits richtig K. W. Nitzsch, *Ministerialität und Bürgertum* (1859) S. 263.

⁶⁾ Bei v. Schwind-Dopsch a. a. O. S. 43 Z. 40; S. 44 Z. 1, 5 und 13.

⁷⁾ Bei Tomaschek, *Die Rechte und Freiheiten der Stadt Wien* I. Bd. (1877) N. V. S. 8 ff. §§ 1, 2, 4.

⁸⁾ Passauer Stadtrecht bei Gengler, *Stadtrechte* S. 344 ff. §§ 20, 32. Ist die Verwundung oder Tötung in Notwehr nachts erfolgt, so genügen 3 Eidhelfer; auch dies läßt sich anderswo nachweisen, so verlangt das Ennsrer Recht (a. a. O. S. 44 Z. 6 ff.) für den Fall der nächtlichen Verwundung ebenfalls nur 3 Eidhelfer, für die untertags dagegen 7; freilich müssen diese keine Genannten sein, die dem Ennsrerrecht im Gegensatz zum Wienerrecht noch unbekannt sind. Nur eine Annäherung an dieses Prinzip kennt das Ennsrerrecht: der der Heimsuchung Beschuldigte (S. 45 Z. 20) hat sich von dem Verdacht selbdritt, wobei er einen der Eidhelfer selber wählen darf, loszuschwören; ob der andere Eidhelfer vom Gegner oder vom Richter

Ganz die gleichen Grundsätze galten in Wien für den Fall der Verwundung¹⁾, nicht aber der Tötung, wo Gottesurteil verlangt wird. Das Wiener Recht unterrichtet uns auch genauer über den Kreis der Männer, aus denen der Richter seine Wahl treffen sollte; die eine Hälfte sollen *virī suae professionis*, die anderen *alii virī honesti* sein. Sollte der Beklagte die Genannten nicht zu Eidhelfern gewinnen können, so kann er sich nach Wiener Recht durch das *iudicium aquae* reinigen, subsidiär wird also auch hier Gottesurteil zugelassen.

Doch blieb die Genannteninstitution bei dem Stande nicht stehen, den wir zuletzt besprochen haben. Der nächste Schritt, der in den meisten Städten gemacht wurde, war der, daß die Auswahl durch den Richter nicht mehr für jeden einzelnen Fall, sondern ein für alle mal erfolgte. Das finden wir zum erstenmal im Regensburger Privileg von 1230 deutlich ausgesprochen, doch war es wahrscheinlich bereits 1206 so dasselbst rechtens. Hier wird ausdrücklich von einer Gruppe von Bürgern gesprochen, *qui dicuntur denominati*²⁾. Ihre Eideshilfe wird bei allen Verbrechen gefordert, auf die die Strafe der Wüstung des Hauses steht. Genauer über diese Regensburgischen Genannten und ihre Funktionen erfahren wir aus dem sogenannten Friedgerichtsbuche, einer Zusammenstellung der strafrechtlichen Bestimmungen Regensburgs aus dem 14. Jahrh.³⁾, einiges auch aus einem Polizeistatute aus dem Jahre 1331. Ferner besitzen wir mehrere Listen der Genannten aus dem 14. Jahrhundert, die uns über ihre Namen und über ihre Anzahl unterrichten. Es waren, wie Gemeiner⁴⁾ anführt 1314: 83; 1321: 85; 1360: 54; ihre Anzahl wechselte also. Außerdem sind noch Listen aus den Jahren 1329 und 1345 erhalten, die Anzahl der Genannten in diesen Jahren teilt Gemeiner jedoch nicht mit; nach dem im Regensburger UB. neu-edierten Listen waren es 90 u. 80⁵⁾. Nach dem Friedgerichtsbuch mußte

ernannt wird, läßt sich nicht feststellen. Das Wienerrecht verlangt in diesem Fall 4 Eidhelfer, überläßt aber die Auswahl dem Beklagten. ¹⁾ a. a. O. § 1 u. 2.

²⁾ Fridericianum § 2. Gengler, Beiträge 79 ff. will in den Genannten die älteste Stadtvertretung von Regensburg erblicken, und schreibt ihnen — die er Friedbürgen nennt — eine ausgedehnte Kompetenz zu; in den Quellen sind diese Annahmen absolut nicht begründet. Ebenso unwahrscheinlich ist seine Vermutung, daß die Genannten ursprünglich eine Korporation gewesen, dann diese Eigenschaft verloren und nun als einzelne nur mehr zu gewissen Akten beigezogen worden seien, gerade der umgekehrte Entwicklungsgang, der sich sonst in ganz Bayern verfolgen läßt. Woher sollte übrigens auch dieses merkwürdige Friedbürgenkollegium stammen?

³⁾ ed. bei v. Freyberg a. a. O. V. Bd. (1836).

⁴⁾ Reichstadt Regensburgische Chronik 4 Bde. (1800—24) 1, 324 Anm.

⁵⁾ Diese Listen sind jetzt im 1. Bande des Regensburger U.-B. abgedruckt u. zw. n. 295 (1314 VII 24); n. 398 (1321 III 12); n. 576 (1329 VI 15); n. 1127 (1345).

sich der wegen Totschlag¹⁾, Notzucht²⁾, Unzucht³⁾, Mutwillen⁴⁾, Lähmung⁵⁾, fließender Wunden⁶⁾, Friedensbruch⁷⁾ oder Heimsuchung⁸⁾ Beklagte mit Genannten reinigen. Das Statut von 1331 sagt noch allgemein⁹⁾, daß wegen jeder Übeltat, auf die die Strafe der Stadtverweisung gesetzt ist, Siebenereid mit 3 Genannten erforderlich sei. Berufte sich der Beklagte bei Totschlag¹⁰⁾, Lähmung¹¹⁾ oder fließenden Wunden¹²⁾ auf Notwehr, so hat er das ebenfalls mit Genannten zu beweisen. Weiters ist bei der Schadensersatzklage wegen großen Diebstahls oder Raubs — über 6 sh. 12 den. — Genannteneid¹³⁾ erforderlich. Endlich erfahren wir noch, daß Genanntenbeweis nur vor den „pürgern“, dem ordentlichen Stadtgericht, nicht aber vor dem „rechten“¹⁴⁾, in dessen Kompetenz die geringeren Übertretungen fallen, verlangt wird. Hier genügt Reinigungseid mit 6 vom Beklagten gewählten ansässigen Bürgern.

Aber die Genannten blieben nicht auf die Eideshilfe beschränkt, wollte der Richter einen Bürger gefangen nehmen, so mußte er einen oder zwei der Genannten beiziehen¹⁵⁾. Gemeiner a. a. O. sagt weiters von den Genannten, daß sie „ohne Zweifel die Bürger gewesen wären, die der Rat in wichtigen Händeln zu sich nahm und berief“; obwohl dies allgemein nachgeschrieben wird¹⁶⁾, konnte ich doch in dem mir zugänglichen Regensburger Quellenmaterial keine Belege dafür finden; möglich ist es immerhin, daß bei einem besseren Zustande der Quellenpublikationen die Ansicht Gemeiners sich verifizieren ließe.

Sicher hat dagegen in anderen Städten die korporative Ausgestaltung dieses Institutes bedeutende Fortschritte gemacht. Wir wenden

1) v. Freyberg S. 66 Z. 4; S. 80 S. 5 dazu MB. 53 p. 380 n. 680 (1332).

2) a. a. O. S. 67 Z. 22.

3) d. i. nächtlicher Überfall a. a. O. S. 67 Z. 26.

4) d. i. grober Unfug a. a. O. S. 69 Z. 14.

5) a. a. O. S. 80 Z. 5; S. 71 Z. 7 und Statut von 1331.

6) a. a. O. S. 71 Z. 21; S. 80 Z. 5.

7) a. a. O. S. 75 Z. 8.

8) a. a. O. S. 80 Z. 5.

9) MB. 53 S. 346 N. 616.

10) a. a. O. S. 66 Z. 2.

11) a. a. O. S. 71 Z. 24.

12) a. a. O. S. 71 Z. 18.

13) a. a. O. S. 70 Z. 25.

14) Welches Gericht damit gemeint ist, konnte ich nicht feststellen a. a. O. S. 80 Z. 4.

15) a. a. O. S. 74 Z. 17 Um vesten vor dem richter. Und wenn die richter ymant vesten wellent, so sullen si scuten nach czwain der Genannten oder nach ainem und sullen den wirt in des haus si wellent vesten auch besenten, ob sie in gehaben mugen.

16) Gaupp, Stadtrechte I. Bd. S. 163; J. A. Schmeller, Bayrisches Wörterbuch 2. Aufl. (1872) 1. Bd. Sp. 1747 u. a. m.

uns, um diese Entwicklung verfolgen zu können, zunächst dem Mühldorfer Stadtrecht zu. Auch hier tritt uns wieder die Bestimmung entgegen, daß der Richter nur mit Beiziehung der Genannten ansässige Bürger gefangen nehmen dürfe¹⁾. Sie haben sich aber in Mühldorf direkt zum Stadtrat entwickelt: so darf der Richter, der noch immer das eigentliche Stadtreiment führt, das Stadtsiegel nur mit Zustimmung der Genannten anlegen²⁾; wie in anderen Städten von Rat und Gemein, so wird in Mühldorf von Genannten und Gemein gesprochen³⁾.

Noch deutlicher tritt diese Entwicklung der Genannten zum Stadtrat in Salzburg zutage. Auch hier kehrt der Satz wieder, daß Briefe mit dem Stadtsiegel nur mit Wissen aller Genannten besiegelt werden sollen⁴⁾. Weiters wird aber hier ihr korporativer Charakter und ihre Funktion als städtische Verwaltungsbehörde ausdrücklich statuiert: Wir setzen auch daz die genannten umbe der stat gemeine geschäfte nictes niht schaffen, umme da si alle bi einander sind, di ze der zeit in der stat sind, mit samt dem richter⁵⁾. Auch die Festsetzung des Wandels an den Richter, die sonst dem Rate zusteht (z. B. gefälschtes Wiener-Neustädterrecht cap. 54) wird den Salzburger Genannten zuerkannt⁶⁾.

Diese Entwicklung der Genannten zum Rat ist aber nicht auf Salzburg und Mühldorf beschränkt gewesen; wir treffen sie auch in anderen Städten, so z. B. in Traunstein; auch hier wird ihre Mitwirkung vor Gericht hervorgehoben⁷⁾; andererseits ihre genossenschaftliche Struktur, in der die Trinkfreudigkeit der alten Bayern kennzeichnenden Stelle charakterisiert⁸⁾: Wenn man die genannten zusammenpewtt, wer daz versizt, der schol geben 24 den. zu vertrinchen.

Am besten wird aber der Übergang der Genannten zum Rat durch das Stadtrecht von Burghausen von 1307 beleuchtet⁹⁾. Auch hier

¹⁾ Mühldorfer Stadtrecht in Hegel, Deutsche Städtechroniken XV. Bd. S. 404 Z. 35. Das Stadtrecht spricht auch ausdrücklich davon, daß die Genannten oft vor recht sullen sein, was auf weitere gerichtliche Funktionen hindeutet.

²⁾ a. a. O. S. 407 Z. 1.

³⁾ a. a. O. S. 409 Z. 25.

⁴⁾ Rudolfinum von 1287 bei Rössler, Die Bedeutung und Behandlung der Geschichte des deutschen Rechts (1847) Anh. S. VII; wiederholt im Fridericianum von 1328 ebenda c. 41. Der Richter und 4 der Genannten sollen je einen Schlüssel zum Stadtsiegel haben.

⁵⁾ a. a. O. S. VIII; wiederholt im Fridericianum c. 45.

⁶⁾ Fridericianum c. 36.

⁷⁾ Stadtfurordnung von 1375 bei v. Westenrieder a. a. O. S. XXIV § 3.

⁸⁾ a. a. O. S. XXXI § 3.

⁹⁾ Einige altbayrische Stadtrechte von Dr. Christ. Haeutle im Oberbayr. Archiv f. vaterl. Geschichte 45, 179 ff.

kehrt (S. 186) die Stelle von der Strafe der Genannten, die zur Sitzung nicht erscheinen, wieder. Sonst aber heißen sie hier nicht Genannte, sondern Zwelfer. Daß diese Zwelfer aber mit den Genannten identisch sind, beweist eine Stelle der Stadtordnung, die mit dem Traunsteiner Statut bis auf das Wort Genannte fast völlig gleichlautet.

Traunstein a. a. O. S. XXIII § 2.

Dez ersten, wer den andern wunden dürichler (das ist nicht gefährlicher) wunden, der pezzter dem richter mit einem pfunt, dem chlager sam vil — dy verch (das ist gefährliche) wunden pezzter nach der genantn rat.

Burghausen a. a. O. S. 179.

Dez ersten setzent si, swer den andern wunt durchels wunden, der pezzter dem richter daz mit einem phunt phenning, dem chlager auch mit einem phünt und die werichen wunden pezzter er nach der zwelfer rat.

Noch eine andere Bestimmung macht die Identität der Zwelfer von Burghausen und der Genannten von Traunstein zweifellos.

Traunstein a. a. O. S. XXIX § 3.

Wer den genanten ainem umb der stat not übel mit ret unpilleichs, der shol dem richter ain halb pfunt, der stat sam vil, dem chlager sam vil, dem shergen 12.

Burghausen a. a. O. S. 184.

Wir wellen auch — swer auch sich vergezze mit red gein den vorgeannten bürgern (scl. den zwelfern), die geswaren habent, daz si daz beste tuen wellen, daz si mügen, arm und auch reichen, der schol der stat und dem richter das bezzern mit einem phünde.

Die letzte Stelle beweist zugleich, daß hier in Burghausen die Entwicklung der Genannten zum Rat tatsächlich vollendet ist, und so treffen wir denn auch in der Stadtordnung gewisse Angelegenheiten, die der Kompetenz der Zwelfer unterliegen, so marktpolizeiliche Bestimmungen¹⁾ und die Aufsicht über die leichtfertigen Frauenzimmer²⁾, also ein Stück Sittenpolizei, genau so wie in allen anderen mittelalterlichen Städten die Reglementierung solcher Angelegenheiten dem Rate oblag.

Aber nicht in allen bayerischen Städten hat sich der Rat aus den Genannten entwickelt, so ist er z. B. in Landshut nach dem Muster anderer Städte entstanden³⁾. Die Ursache waren z. B. Streitigkeiten innerhalb der Bürgerschaft und revolutionäre Erhebungen gegen den Stadtherrn, die zur plötzlichen Einsetzung eines Stadtrates führten, so in Passau am Ende des 13. Jahrhunderts⁴⁾. In diesen Städten

¹⁾ a. a. O. S. 184.

²⁾ a. a. O. S. 185.

³⁾ E. Rosenthal, Beiträge zur deutschen Stadtrechtsgeschichte 1. Heft (1883) S. 12.

⁴⁾ Erhard, Geschichte von Passau (1865) 1, 104.

haben dann die Genannten eine andere Entwicklung genommen, sie entwickeln sich tatsächlich, wie Gemeiner a. a. O. von Regensburg sagte, zu Bürgern, die vom Rat in wichtigen Angelegenheiten beigezogen wurden und denen noch ein oder die andere Aufgabe oblag. Ein Beispiel dieser Entwicklung bietet uns ein Privileg Herzog Stephans für Ingolstadt von 1403: Achtzig Personen sollen aufgestellt werden, die dem Rat und ihm behilflich sein sollen, außerdem sollen sie als Wahlkollegien des äußeren Rats und des Redners, eines Sachwalters vor dem Rate, fungieren¹⁾. Eine ähnliche Stellung nehmen die Genannten in einigen fränkischen Städten ein, wohin das Institut ebenfalls gedungen war. So in Nürnberg²⁾; auch dort wählen sie den äußeren Rat, der nach ihnen die Genannten heißt³⁾, und sind, was gerade für die uns interessierende Frage von Bedeutung ist, öffentliche Urkundspersonen. Als solche begegnen sie uns auch in den nürnbergischen Tochterstädten Prag-Altstadt und Eger, sowie in Bamberg. Zöpfl⁴⁾ wollte sie mit den Erbbürgern identifizieren, was mit Recht eine verunglückte Hypothese genannt worden ist⁵⁾. Dagegen spricht schon, daß auch in Bamberg Listen der Genannten erhalten sind, wo oft mehrere Mitglieder ein und derselben Familie genannt sind, was deutlich auf ihren Amtscharakter hinweist. Nach Bamberger Recht (1306)⁶⁾ müssen bei jedem Geschäft über

¹⁾ Mederer, Geschichte der uralten Stadt Ingolstadt (1817) S. 94: Mer haben inen gunt und erlabt, das in der egenanten unser stat Ingolstatt nu furbaz ewiglichen 80 gesworn sollen sein, die dem rat hilflich und geraten sein sollen in allen sachen, was den rat not geschieht. Und dieselben 80 sollen nemen fodern und welen den äuser rat und der gemeinredner aus einer ganczen gemein, doch solch leutt, die dem rat und der stat behilflich sein und müglich. Und als oft wir den rat newes setzen und verkern, nach des rates bet und nach alter gewonhait, so mag man die 80 auch verkern, und die sollend dann auch dem Rat swörn nach des rates rat, der herschaft und der stat yedwedem Tail ze irm rechten.

²⁾ Schmeller a. a. O. 1. Bd. Sp. 1747; Paul Sander, Die Reichstädtische Haushaltung Nürnbergs (1902) I, 54.

³⁾ Doch darf man nicht glauben, daß überall, wo der äußere Rat die Genannten heißen, er auch in direkter Entwicklung von den alten Landfriedensgenannten abstammt. Vielmehr hat man öfters nach dem Muster anderer Städte den äußeren Rat ‚Genannte‘ getauft, auch wenn er ursprünglich in der betreffenden Stadt mit denselben gar nichts zu tun hatte, so z. B. in Wien (Schuster a. a. O. II/1, 402) und Regensburg (Gengler, Beiträge S. 89 Anm. 16).

⁴⁾ Bamberger Stadtrecht, Einleitung S. 67.

⁵⁾ Stobbe a. a. O. S. 23 Anm. 11.

⁶⁾ Gerichtsbuch der Stadt Bamberg bei Zöpfl § 141 Anh. V. N. 2. Von erst habint di gesetzit gemeinichlichen alz da obin geschribin stat, daz niemant dem andiern nicht mach anchlavgen, keiner slaht gut. uber ein halb phunt phennige, den er hab burg von den genantin, di hernach geschribin sten, zwen oder drei oder mer.

ein halbes Pfund zwei oder drei Genannte als Zeugen beigezogen werden; die Sanktion wird im art. 244 des Stadtrechtsbuches deutlich ausgesprochen: ein Mann ist gestorben und hat seine Frau als Erbin hinterlassen, sie darf jede Schuld ableugnen, es sei denn der Kläger könne sich auf Gerichtszeugnis, zwei beigegebene Schöffen — das Beiziehen der Schöffen zu außergerichtlichen Rechtsgeschäften ist weitverbreitetes fränkisches Recht¹⁾ — oder Genannte berufen²⁾.

In Altbayern begegnet uns die Vorschrift, Geschäfte vor den Genannten oder deren Abkömmlingen, den Geschworenen der Stadt abzuschließen, seltener. Sie kommt in Rain vor³⁾, dann im Stadtrecht von Neuburg a. D. für die Stadtfremden⁴⁾. Ebenso setzt das Recht von St. Pölten bei Immobiliargeschäften die Beiziehung zweier Geschworenen⁵⁾ voraus.

In Wien wurden 1221 nun ebenfalls 100 privilegierte Zeugen eingeführt, die bei allen Rechtsgeschäften über 3 Pfund intervenieren sollten. Das Amt sollte lebenslänglich bekleidet werden, bei Absterben eines derselben sofort für Ersatz gesorgt werden, und zwar durch Wahl der Bürgerschaft. Sollte einer der beiden privilegierten Zeugen, die beigezogen worden waren, verstorben sein, so gilt die Bestimmung, daß die Partei mit dem überlebenden Genannten und mit einem beliebigen glaubhaften Manne den Beweis führen kann. Weigert sich einer der Genannten, seiner Zeugenpflicht

¹⁾ Dieselbe Funktion haben die Schöffen auch in Ulm. Ulmer Stadtrecht von 1296 (Ulmisches Urkundenbuch (1873) 1, 230 ff. N. CXCIV) Super quocumque etiam facto vel contractu aliquis iudicum testis vel sazman existit, pro verissimo habeatur et probatio in contrarium vel iuramentum non admittatur.

²⁾ Wer es aber ein bekannte schuld vor gericht oder vor zweyen der geschworen schopfen oder vor zweyen geschworen genannten, di darzu gepeten weren zu gezeugenn unnd das die darumb sagen, als recht ist, so gehoret von der frawen kein laugen dofur unnd darf nit furbaz vorsch haben.

³⁾ v. 1323 Gengler, Stadtrechte S. 364: Wir wellen auch, daz in derselben stat niemand dheinen burger nichts überzeugen müge, er habe dann der gesworn von der stat einen.

⁴⁾ v. 1332. Oberbayr. Archiv 45, 251. Es mag auch kein ausman kainen burger in derselben stat nichts überzeugen mit einer werung, wan mit der geschworn ain umb die kewff, die sy herauss gebenn auss irer stat. — In den noch ins 13. Jahrh. zurückreichenden Stadtrechten von Regensburg, Passau, Dingolfing, Neustadt a. D. und München finden sich keine derartigen Bestimmungen.

⁵⁾ Stadtrecht v. 1338 ed. Winter in Blätter des Ver. f. Landeskunde von Nied.-Österr. NF. 17, (1883) 460 ff. art. 46: Auch wellen wir: waz wandlung geschiecht in unserr stat mit kaufen oder mit verkaufen heuser, êcher oder ander erib, wa da zwen unser purgen aus dem rat bei sind, wirt es zu krieg vor dem rechten, so schullen dieselben zwen burger ir gewissen darumb sagen und sol dhein recht mer darumb geschehen.

nachzukommen, so ist er durch den Richter dazu anzuhalten, eventuell wird er für den Schaden, den die Partei durch seine Weigerung erlitten hat, ersatzpflichtig¹⁾. Eine Sanktion für den Fall ihrer Nichtbeziehung knüpft das Wiener Recht nicht daran, doch ist es wohl zweifellos, daß der Satz des gefälschten Wiener-Neustädterrechts c. 73, daß der Beklagte dann die Schuld eidlich ableugnen könne, auch in Wien gegolten hat.

In Wien selbst können die Genannten, so heißen sie nachweisbar seit 1278, nicht entstanden sein, da es zu einer korporativen Abgeschlossenheit der alten friedensrechtlichen Genannten in Wien nicht gekommen ist. Es läge also am nächsten, anzunehmen, daß man auf bayerische ev. mainfränkische Vorbilder zurückgegriffen und nach deren Muster die Genannten als amtliche Zeugen eingesetzt habe. An Nürnberg, Bamberg oder Eger ist aber nicht zu denken, da die Beziehungen zu diesen Städten viel zu geringe gewesen sind, um eine Rezeption verfassungsmäßiger Einrichtungen zu erklären; auch sind sie in keiner dieser Städte so frühzeitig nachzuweisen. Auch Passau kann nicht als Ursprungsstätte angesehen werden, da auch dort die Genannten es nie zu einer Korporation gebracht haben. Blicke also nur Regensburg. Die alte bayerische Hauptstadt stand in regem Verkehre mit Wien, und aller Wahrscheinlichkeit nach sind auch die Institutionen des Hansgrafen und des Bürgermeisters nach Regensburger Vorbild in diesen Landen eingeführt worden. Aber trotz dieser Argumente halte ich es doch für höchst unwahrscheinlich, daß die Genannten auf Regensburger Vorbild zurückgehen. Bis heute ist es überhaupt noch nicht nachgewiesen, daß den Regensburger Genannten tatsächlich jemals urkundliche

¹⁾ Leopoldinum § 17: Ad devitandas etiam cavillationes impiorum et periurorum testium falsitatem nec non et eorum improbitatem, qui iusta et digna facta hominum lapsu temporum iniuste solent retractare, statuimus C viros in civitate fideiiores de singulis vicis et prudentiores, quorum nomina in cartula speciali notata iuxta privilegium hoc semper habeantur, et si unus illorum moriatur, alter statim communi consilio in locum suum substituat. Hos ad hoc instituimus, ut omnis emptio et venditio, obligatio, pignoratio, donatio prediorum, domorum, vinearum vel quarumcumque rerum, que estimate fuerint ultra tria talenta, et quodlibet negotium arduum, memoria dignum coram duobus vel pluribus illorum centum virorum celebretur et agatur. Quicumque ergo civium ex his C testibus habuerit duos, quorum unus moriatur, hic cum illo solo superstite et alio quocumque credibili viro testificetur. Denique quicumque illorum C testium noluerit coram iudicio vel alibi coram ecclesia esse testis alicuius de re, quam novit, iudex compellat eum ad testimonium ferendum; in quo si contumax fuerit et alter per eum sit damnificatus, volumus, ut in penam contumacie illi dampnum suum emendet.

Funktionen zugestanden wurden¹⁾. Und selbst, wenn man mit Gaupp²⁾ annehmen wollte, daß die Genannten in Nürnberg, Eger, Bamberg auf Regensburger Muster zurückzuführen sind, kommt man doch nicht über die Mitte des 13. Jahrh. zurück. Gegen die Annahme, daß ihnen aber bereits in noch früherer Zeit urkundliche Funktionen zugewiesen gewesen seien, spricht die Erwägung, daß in den beiden Stadtrechten ihre landfriedensrechtliche Qualität noch durchaus im Vordergrund steht. Gegen den bayerischen Ursprung der Genannten spricht auch, daß die urkundliche Funktion derselben in Wien so ganz in die erste Reihe tritt, ja allem Anschein nach überhaupt ihre Tätigkeit auf das Geschäftszeugnis beschränkt ist³⁾, während in allen bayerischen Städten die Zeugenfunktion nur eine von vielen ist, durchaus im Hintergrunde steht, nur sehr selten nachzuweisen ist, im 13. Jahrhundert überhaupt nirgends vorkommt. Wären die Wiener Genannten ein bayerisches Institut und nicht von weiter Ferne importiert, so wäre wohl der Rat mit dieser Aufgabe betraut worden, wie es in St. Pölten, Rain etc. geschah und nicht eine eigene Behörde kreiert worden.

Wenn wir also den bayerischen Ursprung der Wiener Genannten ablehnen, so müssen wir untersuchen, ob wir hier nicht einen Einfluß der flandrisch-nordfranzösischen Stadtrechtsgruppe wahrnehmen können, da nur diese beiden Rechte auf die Entwicklung des Wiener Rechts einen wesentlichen Einfluß gehabt haben. H. Schuster⁴⁾ hat freilich jede Einwirkung des flandrischen Rechts abgelehnt⁵⁾. Meines Erachtens zu un-

1) Daß die Regensburger Gennannten in späterer Zeit als Geschäftszeugen fungierten, erscheint nicht ausgeschlossen. Vielleicht deutet folgende Stelle aus dem Regensburger Stadtrechtsbuch darauf hin (bei Freyberg a. a. O. S. 49 Z. 30ff.): Es mag auch niemand dem anderen .chein selbschylschaft in sein gwalt nicht erzewgen, dann mit erweysen mit briefen und mit pfantschaft. — Da der vollständige Ausschluss des Zeugenbeweises in diesen Gegenden ganz beispieleslos dastünde, so ist vielleicht diese Stelle nur auf die Privatbeweismittel zu beziehen, wir müßten also öffentliche Zeugen annehmen, wobei man natürlich in erster Linie an die Genannten denken würde. Doch wie gesagt, über Vermutungen kommen wir heute noch nicht hinaus; erst das vor kurzem in Angriff genommene Regensburger Urkundenbuch wird diese Frage endlich entscheiden lassen. Ried, Codex Chronolog.-diplom. Episcopatus Ratisbonensis (1816) bietet nichts zur Lösung dieses Problems. Der mir während der Korrektur zugegangene 1. Band des Regensburger U.-B. läßt eine derartige Funktion der Genannten noch nicht nachweisen; wir müssen also vorerst noch die weiteren Bände dieses Urkundenbuches abwarten.

2) a. a. O. II. Bd. Einleitung.

3) Daß sie auch Gerichtsbeisitzer gewesen sind, wie Huber-Dopsch 58 annehmen, läßt sich quellenmäßig nicht belegen.

4) a. a. O. I, 313.

5) Die Flandrer spielten damals in Wien eine bedeutende Rolle, siehe z. B. das Flandrerprivileg von 1208 (Tomaschek a. a. O. N. 2).

recht. So finden wir z. B. die Bestimmung des Wiener Stadtrechts¹⁾, daß jeder Vergleich des Klägers mit dem Beklagten nach der Klageerhebung verboten ist, in keinem einzigen bayerischen Stadtrecht, wohl aber in flandrischen z. B. in der Keure von Poperinghen von 1233²⁾. Ebenso ist die Bestimmung des Wiener Rechts, daß der Hausbesitzer von der Untersuchungshaft selbst bei Mordverdacht befreit ist³⁾, in keinem bayerischen Rechte, wohl aber in nordfranzösischen, z. B. in Reims⁴⁾ nachzuweisen.

Hat also doch das flandrisch-nordfranzösische Recht auf das Wiener eingewirkt, so erscheint es schon von vornherein nicht ausgeschlossen, daß die Genannten nach dem Muster der Einrichtungen dieser Städte in Wien ihren Eingang gefunden haben.

Wie in vielen fränkischen Städten erscheint auch in Flandern der Abschluß von Rechtsgeschäften vor den Schöffen vorgeschrieben und zwar entweder in der Form, daß die Geschäfte vor den Schöffen im Gericht abgeschlossen werden sollten, so in Arras⁵⁾, oder daß mehrere

1) Leopoldinum § 10. Preterea si aliquis faciat querimoniam de alio et ille qui conqueritur postea velit dissimulare occultam cum eo faciens compositionem, que dicitur halsune, iudex debet eum cogere, ut querimoniam suam prosequatur. Si noluerit eam prosequi, solvat iudici penam wandel, quam reus solvere debuerat.

2) Bei Warnkönig, Flandrische Staats- und Rechtsgeschichte II $\frac{1}{2}$ Anh. CX § 16: Si quis super aliquem clamaverit de catallo et partes inter se pacem fecerint, antequam in iure se obligent ad iurandum, duos solidos habebit dominus et non amplius a parte rei —.

3) Leopoldinum § 1. Statuimus ergo, ut si aliquis civium habens infra murum civitatis et fossatum ad quinquaginta talenta, quemquam occidat, talis non indigeat ulla pro se fideiussione, sed a iudice civitatis tribus edictis vel uno pro omnibus peremptorie citetur. — Si autem homicida non habet nec potest ostendere infra murum valens L talenta et tamen fideiussorem pro se invenire poterit, ille fideiussor fideiubeat pro eo sub periculo et perditione proprie persone. Sed si fideiussorem habere non poterit, iudex capiat et teneat, donec iudicetur de ipso, sicut iustum fuerit.

4) Privileg des Erzbischof Wilhelm f. Reims von 1182 (Gallia Christiana 2. Aufl. 10, 49 n. 49). Concedimus etiam quod si burgensis in banno nostro constitutus aliqua occasione in causam tractus fuerit, quando ordine iudiciario se tractari voluerit, neque ipse neque res eius capientur, sed nec domus eius diruetur, si domum vel hereditatem Remis habuerit, sed fidem dabet quod pro exequenda iusticia obsides interponet si possit, et si obsides habere non possit, fidem similiter dabit, quod iudicio scabinorum stabit. Si vero nec domum nec hereditatem Remis habuerit obsides dabit; et si obsides non habuerit corpus eius detinebitur quousque iusticie complementum prosequatur.

5) Des Marez, Etude sur la propriété foncière (1898) S. 99; O. Redlich, Privaturlunden (1911) S. 182.

Schöffen dem außergerichtlichen Abschluß beigezogen werden mußten¹⁾. Die Sanction war auch hier, daß im Falle des Nichtbeiziehens der Schöffen der Beklagte sich durch seinen Eid losschwören durfte²⁾.

Neben den Schöffen werden aber noch andere Personen zum Beweiszeugnis herangezogen, so insbesondere die *iurati*, deren hauptsächlichste Funktion eben das Geschäftszeugnis ist³⁾. Sie sind z. B. 1127 in St. Omer und 1184 in Cambrai⁴⁾ nachzuweisen. Die *iurati* in St. Omer haben am Beginn ihrer Tätigkeit einen Amtseid zu leisten, auf Grund dessen sie in späteren Prozessen von der Eidesleistung dispensiert sind.

Ähnlich sind in dieser Beziehung auch die Bestimmungen der in Nordfrankreich weit verbreiteten Stadtrechtsfamilie von Rouen. Nach den Etablissements von Rouen (ca. 1200) bestehen neben den die Stadtverwaltung führenden 24 *iurati* noch 100 auf Lebenszeit gewählte sogenannte Pairs, denen gewisse minderwichtige Angelegenheiten zur Besorgung zugewiesen sind. Nur diese beiden Gruppen von Bürgern können zum Geschäftszeugnis zugezogen werden; u. zw. sind bei Rechtsgeschäften über 10 sol. prinzipiell je 2 *iurati*, unter dieser Summe je 2 Pairs zuständig. Kann nur einer der *iurati* Zeugenschaft leisten, so ist einer der Pairs beizuziehen. Ist auch keiner der Pairs dazu zu bekommen, so kann sich der Beklagte losschwören. Die *iurati* sind während ihrer Amtszeit vom Eide befreit, ebenso die Pairs bei Rechtsgeschäften unter 10 solidi. Ist dagegen das Amtsjahr des *iuratus* beendet, so hat er ebenfalls einen Eid zu leisten⁵⁾.

¹⁾ Vor drei Schöffen z. B. in Gent (Warnkönig a. a. O. II/1 Anh. XV. Keure v. 1228 § 24), in Eecloo und Caprike (Keure von 1240 ebda. II/2 Anh. CCXXXII § 8) u. o.

²⁾ Friedrich I. Flandrischer Handelsvertrag v. 1173 c 4 ff. (Mon. Germ. Constit. 1, 334 n. 239); Vertrag zwischen Köln und Flandern v. 1197 (Warnkönig a. a. O. I. Anh. XVII).

³⁾ A. Giry, *Histoire de la ville de Saint-Omer* (1877) (in Bibl. de l'école des hautes études 31 fasc.) S. 184.

⁴⁾ ebda. S. 184 Anm. 4: Sex viri iurati in domo pacis possunt constitui, qui possunt testimonium portare cum aliquo scabinorum in eis causis, in quibus solent cum eis testificari.

⁵⁾ Etablissement de Rouen § 22 (bei A. Giry *Les établissements de Rouen* in Bibl. de l'école des hautes études Bd. 55 texte Bd. 59 tables justificatives.) Si sit in communia contentos de debito vel conventionem vel aliquo mercato ipsa terminabitur recordatione duorum de viginti quattuor iuratis qui solo verbo suo credentur, quia iuraverunt hoc in initio sui eschevinatus, et si postquam perfecterint annum sui eschevinatus et depositi fuerint, surgit contentio de debito coram eis credito vel de conventionem vel aliqua re ante eos facta, iuramento eorum finietur; si vero unus de viginti quattuor iuratis portat inde testimonium et unus vel plures de reliquis paribus

Neben diesen städtischen Amtspersonen finden wir aber noch gewisse Gruppen von Geschäftszeugen, denen sonst eine amtliche Tätigkeit in bezug auf die Stadtverwaltung nicht obliegt. So werden in St. Omer neben den Schöffen und den iurati noch die *legitimi homines et in villa sua hereditarii*¹⁾, also eine ganz bestimmte Art von Bürgern zum Geschäftszeugnis zugelassen. Diesen entsprechen in Amiens²⁾ die *virii authentici in clero et plebe habentes pondus testimonii*³⁾, in Antwerpen die *probi virii*⁴⁾, in Grammont die *franci virii*⁴⁾, in Gent die *virii hereditarii*⁵⁾ und in Ypern die *testes legitimi*⁶⁾.

Wir finden also hier im westlichen Flandern eine ganze Reihe von Städten, in denen im Laufe des 12. Jahrh. verschiedene Gruppen von Zeugen sich nachweisen lassen, die gleich den Wiener Genannten als mehr oder minder privilegierte Zeugen erscheinen⁷⁾. Nachdem wir nun oben festgestellt haben, daß flandrische und nordfranzösische Rechte tatsächlich das Wiener beeinflußt haben, erscheint es wohl nicht zu gewagt, auch das Vorbild der Genannten in den besagten Gegenden zu suchen. Der Name Genannte steht dem nicht entgegen, da er erst 1278 zum erstenmale auftaucht, also anscheinend erst später, wohl in Analogie verwandter Erscheinungen im bayerischen und mainfränkischen Recht, auf dieselben übertragen wurde.

In der Folgezeit hat sich das Institut wenig geändert; die Rechte von 1244 § 17 und 1278 § 41 ff. wiederholen das Leopoldinum, ohne eine wesentliche Änderung vorzunehmen, ebenso das Stadtrecht von 1340⁸⁾, das ihre Zahl auf 200 erhöht⁹⁾.

fecerunt testimonium, iuramento rem terminabunt. Et si nullus centum parium testis fuerit, querela deducetur lege et consuetudine terre; et si decem solidis vel minus querela fuerit, testimonio parium sive iuramento finietur. Vgl. dazu Giry 55, 16 f.

¹⁾ Keure v. 1127 § 2 (Warnkönig a. a. O. I Anh. IX).

²⁾ A. Giry a. a. O. S. 184 Anm. 2.

³⁾ Des Marez a. a. O. S. 43.

⁴⁾ Älteste Keure v. Grammont bei Warnkönig a. a. O. II₂ Anh. CCXIIIb: *Item si burgensis allodium alicuius in oppido coram francis hominibus et scabinis invadiaverit —.*

⁵⁾ Des Marez a. a. O. S. 43.

⁶⁾ Urk. v. 1147 cit. bei Des Marez a. a. O. S. 248.

⁷⁾ Vgl. noch A. Giry *Manuel de diplomatique* 852; O. Redlich 184; Amtspersonen waren die *virii legitimi* jedoch keineswegs wie Redlich meint. Des Marez 53; Pirenne, *Geschichte Belgiens* I. 411 f.

⁸⁾ Redlich 201.

⁹⁾ Bei Tomaschek a. a. O. N. XXXVII § 48 ff.

¹⁰⁾ Das Wiener Stadtrechtsbuch ed. H. M. Schuster spricht in den art. 5 und 6 ganz kurz von den Genannten, daselbst auch Beschreibung des Prozeßverfahrens. Das Albrechtinum c. 54 stellt in gewissen Fällen Abschluß vor den Genannten und dem Rate gleich.

Eine neue Bestimmung brachte erst die Verordnung Herzog Rudolfs IV. vom Jahre 1361, daß Geschäfte, das sind letztwillige Verfügungen, entweder vor zwei Genannten oder vor zwei anderen Biedermännern zu machen sind. Die Genannten sind dann vom Eide befreit¹⁾; das deutet darauf hin, daß diese Befreiung von dem Eide bei der Zeugenaussage, wohl auch schon nach dem Leopoldinum gegolten, was wieder die Hypothese vom Ursprung der Genannten aus Nordfrankreich und Flandern stärkt.

Hatte aber die ursprüngliche Gesetzgebung sich die Genannten als mündliche Zeugen gedacht, so änderte sich die Stellung etwas mit dem Aufkommen der schriftlichen Siegelurkunde²⁾; sie traten in ihrer Funktion als Zeugen der Handlung zurück und wurden Zeugen der Urkundenausstellung, die die Urkunde mitsiegeln, sie wurden also, wie der technische Ausdruck lautet, zu Mitsiegler³⁾.

Freilich kein einziges Mal wird ihnen der Titel Genannter in den Urkunden oder sonstigen Quellen beigelegt, doch können wir ihr Fortdauern in dieser geänderten Funktion sehr gut beobachten, da uns ein glücklicher Zufall zwei Listen von Genannten erhalten hat⁴⁾. Die ältere dieser Listen ist aus dem Jahre 1397 ist im Stadtbuch der Stadt Wien auf fol. 33'f. zu finden. Vergleichen wir nun die in den Regesten aus dem Archive der Stadt Wien⁵⁾ in dem Jahre 1397 angeführten Mitsiegler mit den in der Liste angeführten Genannten, so findet man, daß dieselben fast vollständig miteinander übereinstimmen; nur die im Regest 1366 angeführten Mitsiegler Ulreich Wolff und Jakob Paumgartner sind in der Genanntenliste nicht anzutreffen. Daß Ratsurkunden Mitsiegelnde dagegen nicht notwendig Genannte sein mußten, ist wohl selbstverständlich, mag aber der Vollständigkeit halber angeführt werden⁶⁾.

¹⁾ Tomaschek I. N. LXIV: Des ersten setzen und welln wir, daz niemen inner der statfridd echain gescheffe tue dhainem closter gotshouse munchen nunnen phaffen oder laien wie die genant sind, dabei sein danne zwen der genanten, di bei ieren treuen an aides stat sprechen und bestetten, daz das geschefft recht und redleich geschehen sei oder zwen ander erber unversprochen manne, die dasselb bestetten bei gesworn aiden —.

²⁾ Anderer Ansicht Redlich 201, der ein Verschwinden der Genannten seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts annimmt; dagegen spricht aber bereits die Tatsache, daß das Stadtrecht von 1340 die Zahl der Genannten verdoppelt.

³⁾ Auf diese Entwicklung werde ich seinerzeit in dem einschlägigen Kapitel meiner „Untersuchungen zur Geschichte des Urkundenrechts“ zurückkommen.

⁴⁾ Vgl. über diese Listen Tomaschek II 254.

⁵⁾ Uhlirz in Quellen zur Geschichte der Stadt Wien, II. Abt., 1. Bd. (1898) u. fig.

⁶⁾ Keine Ausnahme bildet Reg. 1373, wo als Mitsiegler Petrus Angervelder Mitglied des äußeren Rats erscheint; da die Liste in der Überschrift lautet: Daz sint die gnanten mit sampt dem äuzzern rat, so hätte Peter Angervelder, auch

Die zweite Liste stammt aus dem Jahre 1475 und ist auf eine Holztafel, die sich derzeit im städtischen Museum in Wien befindet, eingetragen. Vergleichen wir hier wieder die mitsiegelnden Zeugen, so lassen sich dieselben, obwohl das erhaltene Urkundenmaterial bereits ein viel größeres ist, doch wieder fast ausnahmslos mit den Genannten identifizieren, nur drei: Paul von Melk in Reg. 4552, Mert Burger in Reg. 4554 und Hanns Entl in Reg. 4555 konnten in der Genanntenliste nicht nachgewiesen werden.

Das Institut der Genannten stand also noch in der zweiten Hälfte des 15. Jahrh. in voller Blüte¹⁾. Bald aber sollte es seinen Untergang finden. Im Zusammenhang mit den politischen Bewegungen am Beginne der Regierung Ferdinands I. wurde 1522 die Institution der Genannten abgeschafft²⁾. Die Zeit, wo eine solche Einrichtung am Platze gewesen, war übrigens längst vorüber, das moderne Geschäftsleben verlangte nach anderen Urkundenformen und diese boten sich in dem seit dem 13. Jahrhundert langsam in Deutschland vordringenden und Fuß fassenden Notariatsinstrument einerseits, sowie in den handelsrechtlichen italienischen Papieren, insbesondere dem Wechsel, andererseits dar. Und so hätte sich denn dieses altersgraue, auf primitive Zustände berechnete Institut wohl schwerlich noch lange halten können, auch wenn kein gewaltsamer Eingriff seinem Leben ein jähes Ende bereitet hätte.

wenn man der oben geäußerten Hypothese (S. 637 Anm. 5) nicht zustimmt, in der Liste angeführt werden müssen. Dieselbe ist also offenbar lückenhaft.

¹⁾ Auffallend ist es, daß die Genannten nur in einigen wenigen Wiener Tochterrechten sich nachweisen lassen, nämlich in Wiener Neustadt (gefälschtes Stadtrecht c. 70 und Privileg von 1443 c. 19 bei Winter, Urkundl. Beiträge z. Rechtsgeschichte) und in Krems (Stadtrecht von 1305 bei Tomaschek N. XXV). Außerdem finden wir die Zeugen-Genannten in der zweiten Hälfte des 15. Jahrh. auch in der Passauer Tochterstadt St. Pölten (Winter, Blätter d. Vereins f. Landeskunde von Nieder-Österreich (1883) Stadtrecht von 1338 Anm. zu Art. 46).

²⁾ Tomaschek a. a. O. II, N. CLXXXVIII: In unser stat Wienn sol nun hinfüran khain genannter und hausgenoss mehr sein und sich irer fraihaiten weiter nit gebrauchen —.